

Berthold Reus wäre betroffen, wenn Takata Teile der Lenkrad-Produktion nach Rumänien verlegen würde. Er will wissen:

Was macht die Politik...

...um die Arbeitsplätze in Aschaffenburg zu halten?

Scheel: Es ist die Aufgabe der Politik, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Unternehmen ihre Standorte halten und dass neue Unternehmen entstehen können. Unsere Region ist stark im Autozulieferbereich, in der IT-Branche, im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Wir müssen in der Region zusammenhalten und dafür sorgen, dass wir zum Schwerpunkt neuer Entwicklungen werden.

Und wir müssen an das andocken, was bei Ihnen, Herr Reus, an Wissen da ist. 50 ist kein Alter, um aus dem Beruf auszusteigen. Konkret führen wir mit der Takata-Firmenleitung Gespräche, um sie davon zu überzeugen, dass eine Verlagerung keinen Sinn macht, auch nicht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das Wissen, auch zur Weiterentwicklung neuer Produkte, ist in Aschaffenburg, nicht in Rumänien.

Geis: Wir kämpfen momentan um die Erhaltung Ihres Arbeitsplatzes. Auch der bayerische Ministerpräsident bemüht sich um ein direktes Gespräch mit Konzernchef Takada.

In der Krise müssen wir aber mit solchen Reaktionen der Unternehmen rechnen. Die Unternehmen werden vom Investor gedrückt, der Vorstand hat schwarze Zahlen zu liefern. Takata-Vorstandsvorsitzender Binder verweist auf die Lohnkosten. Wir halten entgegen, dass wir hier hervorragende Arbeitskräfte haben, die sich für den Betrieb engagieren. Wir sollten die

Flinte nicht ins Korn werfen. Es ist nicht gesagt, dass Takata abwandert.

Kaltenhauser: Es ist nicht immer der Sache förderlich, wenn man an die Öffentlichkeit geht und seine Absichten in der Presse kundtut. In der Regel bringt es mehr, im Hintergrund zu agieren. Vieles von dem, was Takata vorhat, werden wir nicht aufhalten können.

Es bringt nichts, uns auf Teufel komm raus an alte Arbeitsplätze zu klammern. Wichtig ist, in neue Technologien zu investieren, bei neuen Entwicklungen dabei zu sein. Da haben wir unterm Strich mehr davon.

Parr: Wir sind in Aschaffenburg stark von der Autoindustrie abhängig. Wir müssen zusehen, dass wir andere Bereiche, zum Beispiel erneuerbare Energien, weiterentwickeln. Auch bei Takata und Mahle muss man überlegen, in andere Produktionsbereiche hineinzugehen. Man hat bei Mahle gesehen, dass es nicht immer so hoffnungslos ist, wie es anfangs scheint.

Auch mit der Takata-Firmenleitung ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. **Rückert:** Wer jetzt seine Arbeit verliert, findet keine Stelle mehr, zumindest keine, die genauso gut bezahlt ist. Man müsste die Firmen vernetzen und stärker Forschung betreiben. Ich könnte mir einen Zukunftspark für die Region vorstellen. Das Aufsichtsgremium müsste paritätisch zwischen dem Kapital und den Beschäftigten besetzt sein.

Gesprächsrunde: Jobs weg – Perspektive weg

Krise: Politiker stellen sich den Fragen der Betroffenen

ASCHAFFENBURG. Je drängender die Fragen, desto größer ist das Bedürfnis nach klaren Antworten. Nicht nur bei Takata-Petri, dem Aschaffener Lenkradhersteller, der Teile seiner Produktion nach Rumänien verlagern will, sind viele Fragen offen. Unsere Region mit zahlreichen Zulieferbetrieben ist besonders stark von der Krise der Autobranche betroffen.

Welche Probleme brennen den Beschäftigten unter den Nägeln? Mit welchen Widrigkeiten kämpfen Firmenchefs? Welche Partei hat die besten Rezepte gegen die Krise?

Das Main-Echo organisierte zur Bundestagswahl eine Gesprächsrunde. Wie beim Kanzler-Duell hatten die Politiker maximal eineinhalb Minuten Zeit, auf Fragen zu antworten. Nach 90 Sekunden piepste unsere Stoppuhr.

Die Fragen stellten Beschäftigte und Unternehmer aus der Region. Die »Duellanten«, die sich gegenüber saßen, gingen die Sache sehr diszipliniert an. Die Politiker schöpften ihre Redezeit in der Regel voll aus.

Vertreten waren alle Parteien, die auch im Bundestag vertreten sind: CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke. Zum Duell kamen die Direktkandidaten im Wahlkreis Aschaffenburg: Norbert Geis, Andreas Parr, Helmut Kaltenhauser, Christine Scheel und Reinhold Rückert.

Modertiert wurde die Veranstaltung von Claus Morhart, Gabriele Fleckenstein und Renate Engler.



Die Lenkrad-Produktion war einst das Aushängeschild der Region. Jetzt will Takata-Petri Teile der Fertigung nach Rumänien verlagern.

Fotos: Victoria Schilde und Harald Schreiber

Mahle-Betriebsrat Dieter Wissel will wissen:

Arbeitsplätze werden vernichtet...

...und mit EU-Geldern nach Osteuropa verlagert. Warum?

Kaltenhauser: Ich bin da nicht ganz so pessimistisch. Ja, Produktionsverlagerungen gibt es, aber in Entwicklung und Forschung waren wir lange konkurrenzlos. Da müssen wir dran bleiben. Diese Bereiche werden nicht so schnell verlagert.

Wissel widerspricht: Mahle gliedert auch Forschung und Entwicklung in Niedriglohnländer wie China aus.

Scheel: Die Politik darf eine Marktverzerrung, wie wir sie derzeit erleben, nicht zulassen. Es muss für Unternehmen finanzielle Konsequenzen haben, wenn sie Forschungsmittel beziehen – und dann die Produktion verlagern.

Außerdem ist wichtig, dass wir an unserem Standort die Forschungs- und Entwicklungsausgaben stärken. Der Bund fährt derzeit aber seine Forschungsmittel zurück. 2010 haben wir im Bereich regenerativer Energien weniger Mittel zur Verfügung als 2009.

Rückert: Bei dem Thema bekomme ich Bauchschmerzen. Das Beispiel Nokia: Der Handy-Hersteller wurde mit Subventionsgeldern nach Deutsch-

land geholt – und jetzt wurde die Produktion nach Rumänien verlegt. Die Subventionspolitik der EU gehört abgeschafft.

» Wir kommen in unserer Region um einen Strukturwandel nicht herum.«

Norbert Geis

Parr: Ich bin ganz klar gegen EU-Subventionen, die Arbeitsplatzabbau in Deutschland zur Folge haben. Wir müssen mehr Geld in Forschung und Entwicklung stecken.

Aber wir können nicht nur Forschungsstandort sein, wir brauchen auch Industriearbeitsplätze. Das Elektrotrauto, das hier entwickelt wird, muss auch hier gebaut werden.

Geis: Die EU muss ihre schwächeren Mitglieder natürlich subventionieren, aber ohne dass es zur Verlagerung von Arbeitsplätzen kommt. Wir sind eine Export-Nation und brauchen den Markt. Aber wir kommen in unserer Region um einen Strukturwandel nicht herum. Da spielt Forschung eine große Rolle – aber nicht die alleinige.

Die Redaktion will wissen:

Was wäre Ihr erster Einsatz in Berlin...

...wenn Sie als Direktkandidat gewählt würden?

Rückert: Ich würde die Schul- und Vorschulstrukturen verbessern, beispielsweise Ganztagsbetreuung mit bezahlbarem Mittagessen einführen.

» Ich würde um jeden Arbeitsplatz kämpfen.«

Andreas Parr

Scheel: Ich würde dafür sorgen, dass die kleinen mittelständischen Unternehmen über vernünftige Rahmenbedingungen gestärkt werden. Diese kann der Bund setzen: über die Steuer-gesetzgebung, über Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen – zielgenau in die Bereiche, die wir hier haben.

Kaltenhauser: Neben Bildung und Ausbildung hat eine stärkere Vernetzung, beispielsweise durch Gründer-

Dieter Wissel ist der Meinung:

Von Vollbeschäftigung weit entfernt

Wie steht die Politik zu Kurzarbeit und Rente mit 67?

Geis: Wenn die Kurzarbeit ausläuft und wir sind noch nicht aus der Krise, bekommen wir mehr Arbeitslose. Wir können die Kurzarbeit nicht noch länger ausweiten, sonst würde sich der Staat zu sehr verschulden.

Altersteilzeit ist eigentlich eine gute Sache. Aber muss das der Staat machen? Müsste ich nicht vielmehr Rahmenbedingungen schaffen, dass es für die Firma selbst möglich und interessant ist.

Parr: Vollbeschäftigung ist ja kein unehrenhaftes Ziel. Man sollte sich seine Ziele möglichst hoch stecken.

Ich bin ein Vertreter von umlagen-finanzierten Ausbildungsplätzen, zumal der Ausbildungsakt nicht ganz den erhofften Erfolg bringt.

Ich könnte ich mir durchaus vorstellen, das Kurzarbeitergeld um weitere sechs Monate zu verlängern. Meine Partei steht für die Altersteilzeit.

Rückert: Wir brauchen eine Ausbildungsplatzabgabe. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.

Wir fordern eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Die Rente mit 67 ist sowieso Schwachsinn. Wer erreicht das schon? Gerade Industriearbeiter oder Bauarbeiter sind ausgepowert und erreichen das Alter nicht. Außerdem brauchen wir mehr Mitarbeiterbeteiligung.

Kaltenhauser: Die Arbeitslosenzahlen, die wir im Moment haben, sind keine wahren Zahlen. Sie sind höher. Über viele Jahre wurde immer wieder an der Statistik gedreht, da nehme ich meine Partei nicht aus.

Altersteilzeit ist eigentlich eine gute Sache. Aber muss das der Staat machen? Müsste ich nicht vielmehr Rahmenbedingungen schaffen, dass es für die Firma selbst möglich und interessant ist.

Scheel: Man muss schauen, wie der Arbeitsmarkt strukturiert ist, wie die Beschäftigungssituation in den verschiedenen Altersgruppen ist. Dem-entsprechend sensibel muss man bei dem Thema Rente mit 67 vorgehen und es am Markt austarieren.

Wir haben viele Jugendliche aus der Hauptschule, die nur schwer unterkommen. Wir brauchen im Bildungssektor bessere Voraussetzungen, die Ausbildungsreife zu erlangen.

Nach der Ausbildung werden häufig keine festen Verträge mehr gewährt. Trotz guter Ausbildung stehen viele junge Leute auf der Straße

zentren, oberste Priorität. Es ist wichtig, dass wir das Knowhow, das wir hier in der mittelständisch geprägten Wirtschaft haben, noch besser austauschen. Der Untermain ist ein echter Hightech-Standort, nicht nur in Aschaffenburg, auch in Kleinostheim oder Alzenau. Wir sind nicht schlecht, aber man könnte noch viel mehr machen.

Parr: Ich würde um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Das kann auch bedeuten, dass man aufzeigt, wo Alternativen liegen. Wenn wir davon ausgehen, dass das Elektrotrauto das Auto der Zukunft ist, dann heißt das auch, dass dieses Auto keine Kolben mehr haben wird.

Ich könnte mir vorstellen, dass in unserer Region Motoren mit Minikraftwerken produziert werden, ähnlich wie die Kooperation, die VW und der Energiewersorger Lichtblick jetzt beschlos-

sen haben. Es ist wichtig, über den Tellerrand zu schauen und der Industrie einen neuen Blickwinkel zu geben auf neue Sparten und Technologien. **Geis:** Ich würde alles tun, dass das gute Einvernehmen über die Parteien Grenzen hinweg – zwischen Politik, Wirtschaft, IHK, Hochschule – bestehen bleibt und ausgebaut wird. Als würde ich eine vorsichtige Änderung der Produktionsstruktur anstreben, wobei die mittelständische Struktur erhalten bleiben soll. Aber wir brauchen eine Erneuerung im Bereich Automotive, wie beispielsweise das neue Projekt zur Vermeidung von Unfällen, für das Minister zu Guttenberg jetzt den Startschuss gab (Seiten 1 und 9). Und wir brauchen eine Ausweitung in den Bereichen Mechatronik, Logistik und IT.

Sie stellten sich den Fragen: Bundestagsabgeordnete und Kandidaten



Norbert Geis (CSU) ist seit 1987 im Bundestag. Der 70-jährige Rechtsexperte stellt sich im Wahlkreis Aschaffenburg, den er 2005 gewonnen hat, wieder zur Wahl.



Andreas Parr (SPD) ist Direktkandidat im Wahlkreis Aschaffenburg. Der 38-jährige arbeitet als Fachkrankenpfleger für Intensivmedizin im Klinikum Aschaffenburg.



Helmut Kaltenhauser (FDP) ist Direktkandidat der Liberalen im Wahlkreis Aschaffenburg. Der 48-jährige Diplom-Mathematiker ist tätig als leitender Bankangestellter.



Christine Scheel (Grüne) ist seit 1994 im Bundestag. Die Vize-Fraktionschefin bewirbt sich um das Direktmandat in Aschaffenburg. Auf der Landesliste ist sie auf Platz drei.



Reinhold Rückert (Linke) ist Direktkandidat im Wahlkreis Aschaffenburg. Der 61-jährige Erwerbslose engagiert sich bei verschiedenen sozialen Einrichtungen.

Rolf Pichl beobachtet mit Sorge den Photovoltaik-Markt:

Billigimporte aus China

Wie kann die Politik dagegen vorgehen?

Parr: Mit Strafzöllen würden wir unseren Markt kaputt machen. Firmen wie Applied Materials in Alzenau, die ganze Produktionsstrahlen für Photovoltaik-Module herstellen, haben derzeit ein Absatzplus von 40 Prozent.

Warum führen wir nicht so etwas wie Qualitätsstandards ein? Bei der Herstellung fallen Abfallprodukte an, die in Deutschland für teures Geld entsorgt und recycelt werden. In China landen die Abfälle im Fluss oder auf der grünen Wiese. Sagen wir doch: In Deutschland dürfen nur Produkte mit

unserem Standard verkauft werden.

Geis: Wir brauchen China für unseren Absatz. Aber Geben und Nehmen müssen im Gleichgewicht sein.

Scheel: Der größte Fehler, den wir wegen der Entwicklung in China machen könnten, wäre, jetzt das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu ändern. Wenn wir unseren Unternehmen helfen wollen, dürfen wir am EEG nicht kratzen. Sonst machen wir den Markt kaputt. Im Moment forschen und exportieren wir, unsere Produkte sind die besten weltweit.

Berthold Reus fürchtet, eines Tages vielleicht auf einen Zeitarbeit-Job angewiesen zu sein. Er fragt:

Wann gibt es Mindestlöhne...

...die zum Leben reichen? – Parr und Rückert sehen noch großen Handlungsbedarf

Geis: Das Thema ist ausgestanden. Für einige Branchen ist der Mindestlohn über das Entsendegesetz geregelt. Das Gesetz zum Mindestarbeitsbedingungen haben wir im April zusammen mit den SPD novelliert. Für die Branchen, die nicht vom Entsendegesetz erfasst werden, versucht ein Gremium einen Mindestlohn mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszuhandeln. Wir haben alles getan, zusammen mit der SPD, um dieses Thema zu lösen.

Parr widerspricht: Auf dem Gebiet besteht noch ganz großer Handlungsbedarf. Wir brauchen dringend Mindestlöhne für die Zeit- und Leiharbeitsbranche. Mit der Union war das nicht machbar. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Warum nicht gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit? Zeit- und Leiharbeiter waren vom Grundsatz her ein richtig guter Gedanke, um Produktionsspitzen abzufangen. Man muss klar sagen: Viele Firmen nutzen das Instrument heute enorm aus. Ganze Belegschaften werden entlassen und drei Monate später über eine Zeitarbeitfirma wieder

eingestellt. Der Arbeitnehmer hat aber nur noch die Hälfte seines Gehalts.

Berthold Reus hält den Politikern entgegen: Der Mindestlohn nutzt keinem, wenn er bei fünf Euro liegt.

Parr: Wir sind für einen Mindestlohn von 7,50 Euro. Das ist schwer noch durchzusetzen.

Rückert: Rechnen Sie mal durch, wie davon jemand leben soll! Der Mindestlohn muss bei zehn Euro liegen.

Martin Suffel will wissen:

Warum sollte ein Mittelständler...

...Ihre Partei wählen?

Scheel: Für die Unternehmen ist in dieser schwierigen Zeit Planungssicherheit das Wichtigste. Das Unternehmenssteuerrecht der großen Koalition ist nicht krisenorientiert. Es gibt Finanzierungsprobleme, der Kreditfluss ist nicht ausreichend.

Wir haben das sogenannte Progressivmodell entwickelt, das eine Sozialversicherungsspflicht ab dem ersten Euro vorsieht, stufenweise bis 2000 Euro. Dabei würde vor allem die Abgabenlast für die unteren Einkommen gehen – für die Arbeitgeberseite wäre das ein Anreiz für Neueinstellungen.

Steuerenkungen können wir aufgrund der Haushaltslage nicht versprechen. »

» Steuerenkungen können wir aufgrund der Haushaltslage nicht versprechen.«

Christine Scheel

Kaltenhauser: Planungssicherheit ist schön und gut. Für mich ist der Abbau des Bürokratiewahnsinns mit Abstand das Wichtigste. Ein Heizungsbauer muss heute in der Lage sein, mit dem PC umzugehen und tausend Formulare auszufüllen. Er verbringt 30 Prozent seiner Zeit am Schreibtisch. Da muss man ansetzen.

Herr Parr, das angedeutete Festhalten an konkreten Hilfen für die Wirtschaft half ich für schwierig. Sie setzen die Wirtschaft auf Drogen. Lieber heute als morgen raus aus den Programmen, die die Wirtschaft peppeln. Die Süchtigen werden Sie nie mehr los. Auch wenn ich damit gegen meinen eigenen Berufsstand argumentiere.

Vieles wurde schnell und gut gemacht, zum Beispiel Infrastrukturprojekte. Das wäre aber sowieso gekommen und wurde wegen der Krise zeitlich vorgezogen.

Rückert: Wir sind für soziale Gerechtigkeit. Das schließt selbstverständlich auch die Unternehmer ein. Wenn es den Arbeitnehmern gut geht, geht es auch der Firma gut.

» Der Abbau des Bürokratiewahnsinns ist mit Abstand das Wichtigste.«

Helmut Kaltenhauser

Geis: Der Mittelstand spielt bei uns in der Region eine große Rolle. Diese Struktur muss erhalten bleiben. Bei der Kreditvergabe müssen die

Banken noch schneller reagieren als sie es im Moment tun.

Wir wollen den Leistungserbringern in unserer Gesellschaft das Leben durch eine Steuerenkung erleichtern – nicht in dem Umfang wie die FDP, aber in einer Größenordnung von 15 Milliarden. Mittelständische Unternehmen, die ja oft Personengesellschaften sind, rutschen häufig in die Progression. Da wollen wir durch Steuerenkung einen größeren Anreiz zur Kapitalbildung schaffen.

Reaktion von Martin Suffel auf die Antworten der Politiker: Ich stimme Ihnen, Frau Scheel, zu. Es ist ausgesprochen schwierig, auf Steuerenkungen Hoffnung zu machen. Ich bezweifle, dass das im Moment seriös ist.

Der Mittelstandsbauch wurde angesprochen. Da muss man zuerst reagieren. Das Thema Erbschaftssteuerreform wurde nicht angesprochen. Gerade das macht macht die Unternehmensübergabe häufig ausgesprochen schwierig.

Herr Parr, das angedeutete Festhalten an konkreten Hilfen für die Wirtschaft half ich für schwierig. Sie setzen die Wirtschaft auf Drogen. Lieber heute als morgen raus aus den Programmen, die die Wirtschaft peppeln. Die Süchtigen werden Sie nie mehr los. Auch wenn ich damit gegen meinen eigenen Berufsstand argumentiere.

Vieles wurde schnell und gut gemacht, zum Beispiel Infrastrukturprojekte. Das wäre aber sowieso gekommen und wurde wegen der Krise zeitlich vorgezogen.

Rückert: Wir sind für soziale Gerechtigkeit. Das schließt selbstverständlich auch die Unternehmer ein. Wenn es den Arbeitnehmern gut geht, geht es auch der Firma gut.

Geis: Der Mittelstand spielt bei uns in der Region eine große Rolle. Diese Struktur muss erhalten bleiben. Bei der Kreditvergabe müssen die

Sie hatten Fragen im Gepäck: Beschäftigte und Unternehmer



Berthold Reus ist seit 27 Jahren bei Takata-Petri beschäftigt. Der 50-jährige Vorkarbeiter wäre betroffen, wenn Takata die Lenkrad-Produktion nach Rumänien verlegt.



Martin Suffel ist Chef der Suffel Förder-technik. In seinem mittelständischen Betrieb arbeiten 400 Mitarbeiter. Er ist außerdem Präsident der IHK Aschaffenburg.



Rolf Pichl ist ein Leser unserer Zeitung, der gelegentlich auf den Leserbrief-Seiten vertreten ist. Der 70-Jährige aus Eschau ist selbstständig in der Solar-Branche.



Dieter Wissel ist Betriebsratsvorsitzender bei Mahle. Der Kolbenhersteller in Alzenau wurde bundesweit bekannt durch den Kampf gegen die drohende Schließung.